

## Nachwuchsmediziner fordern grundlegende Modernisierung des Medizinstudiums

🕒 Mittwoch, 16. November 2016

Berlin – In einer gemeinsamen Stellungnahme haben die Verbände der Medizinstudierenden und der jungen Ärztinnen und Ärzte eine Überarbeitung der Studieninhalte des Faches Medizin gefordert und Kernpunkte des Masterplans Medizinstudium 2020 als nicht zielführend kritisiert. Maßnahmen wie eine Landarztquote orientierten sich hauptsächlich an regionalen und fachlichen Versorgungsproblemen. Den Interessen sowohl der Studierenden als auch der Patienten entspreche dies nicht.

Die Interessenvertretung, in der sich die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland ([bvmd](#)), die Medizinstudierenden und jungen Ärztinnen und Ärzte im [Hartmannbund](#) sowie im [Marburger Bund](#) und das [Bündnis JUNGE ÄRZTE](#) zusammengeschlossen haben, sieht insbesondere in der Einführung der sogenannten „Landarztquote“ einen Prinzipienbruch, der die Qualität der ärztlichen Ausbildung gefährdet.

Künftige Ärzte danach auszuwählen, ob sie sich bereits vor Studienbeginn und ohne Einblick in das breite Spektrum der Medizin vertraglich auf eine Region und einen Tätigkeitsbereich festlegen, berücksichtige weder ihre fachliche noch persönliche Eignung für den Arztberuf. Präferenzen können sich zudem im Studienverlauf ändern. Eine Reformierung des Medizinstudiums, die vor allem darauf abzielt, Versorgungsentpässe zu lösen, lehnen die Interessenverbände der Jungmediziner als Symbolpolitik ab.

„Das Studium ist die falsche Stellschraube bei der Lösung des Versorgungsproblems“, so Malte L Schmieding, Vizepräsident für Externes der bvmd. „Davon unberührt bleibt, dass vieles im Studium verbessert werden muss.“ Wichtiger als eine Landarztquote sei es daher, Anreize zu schaffen, um die Arbeit in der Allgemeinmedizin wieder attraktiv zu machen. Eine stärkere Förderung sowohl der Weiterbildung als auch der Niederlassung sowie Stipendienprogramme für Studierende seien am besten geeignet, dem Ärztemangel langfristig etwas entgegenzusetzen.

Die Bereitschaft, allgemeinmedizinisch tätig zu sein, ließe sich nicht durch weitere Zwänge wie eine geplante Pflichtprüfung Allgemeinmedizin erhöhen. In der Stellungnahme heißt es darum: „Wir sind sicher, dass Ärztinnen und Ärzte, die in einem freiheitlichen Rahmen ihren Tätigkeitsschwerpunkt selbst festlegen dürfen, der Versorgung unserer Bevölkerung am besten dienlich sind.“

Einhergehend mit ihrer Kritik appellieren die Studierendenvertreter an die Politik, sie in den Arbeitsprozess einzubeziehen. „Ohne die Fakultäten können beispielsweise die Kosten der Reform gar nicht zuverlässig geschätzt werden. Und nur unter Berücksichtigung der studentischen Perspektive kann auch die inhaltliche Umsetzung zielführend gelingen. Eine enge Zusammenarbeit ist daher sowohl bei der finanziellen Planung als auch bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Masterplans nötig“, sagt Schmieding.

Dazu gehören auch eine transparente Kommunikation über den Zeitplan der Reform und ihre konkreten Inhalte. Letztere sind seit ihrer Konsentierung auf der [89. Gesundheitsministerkonferenz Ende Juni 2016](#) nicht bekannt

gegeben worden. Das Bundesministerium für Gesundheit äußerte sich auf eine Anfrage dazu nicht.

Der Masterplan Medizinstudium 2020 wurde 2013 von der Großen Koalition angestoßen und hat zum Ziel, das Fach Allgemeinmedizin sowie den Praxisbezug während des Studiums zu stärken und Studienplatzbewerber zielgerichteter auszuwählen. Seine Ausarbeitung erfolgt durch die Gesundheits- und Wissenschaftsminister aus Bund und Ländern.

*kk*

Anzeige

Alle Rechte vorbehalten. [www.aerzteblatt.de](http://www.aerzteblatt.de)